

Debatte des Deutschen Bundestages am 13. November 1997

[. . .]

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch:

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 12 auf:

Beratung des Zwischenberichts der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“

Teilbericht zu dem Thema

„Errichtung einer selbständigen Bundesstiftung des öffentlichen Rechts zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“

– Drucksache 13/8700 –

Überweisungsvorschlag:

Innenausschuß (federführend)

Rechtsausschuß

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und gebe das Wort dem Abgeordneten Hartmut Koschyk.

Hartmut Koschyk (CDU/CSU): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Zu später Stunde befassen wir uns im Deutschen Bundestag mit einer zentralen Frage der Deutschen: Wie gehen wir nach den Diktaturerfahrungen des 20. Jahrhunderts, wie gehen wir nach zwei Diktaturen in Deutschland in diesem Jahrhundert mit dieser Vergangenheit um? Wollen wir die Vergangenheit ruhen lassen, „Gras darüber wachsen lassen“, oder stellen wir uns der historischen Wahrheit mit allen Folgefragen zu Schuld, Verantwortung usw.? Ich bekenne mich eindeutig zu der Auffassung, die unser Bundespräsident, Roman Herzog, im März 1996 vor der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ vertreten hat:

... die historische Wahrheit muß uns über allem anderen stehen. Ohne diese Wahrheit gibt es kein realistisches Bild dessen, wozu Menschen fähig sind, keine Bestrafung der wirklich Schuldigen, die stets auch ein Teil Bewäh-

rung der Menschenrechtsidee ist, es gibt kein Wissen darum, was es in alle Zukunft zu verhindern gilt.

Der Bundespräsident weiter:

Wenn die Wahrheit nicht ausgesprochen wird, entsteht Argwohn, und das ist das Schlimmste, was einem Volk, einer Gesellschaft passieren kann, denn Argwohn vergiftet alles, das gesamte öffentliche und das gesamte private Leben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies bedeutet, daß die Aufklärung über eine Diktatur, im konkreten Fall die Aufarbeitung der SED-Diktatur, nicht allein historischer Selbstzweck ist, sondern vor allem demokratische Daseinsfürsorge. Durch die kritische Beschäftigung mit der SED-Diktatur stabilisieren wir unsere freiheitlich-demokratischen, rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Fundamente. Die Diktaturaufarbeitung in diesem antitotalitären Sinne ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht nur von staatlichen Einrichtungen getragen werden darf. Es ist deshalb nachdrücklich zu begrüßen, daß es in diesem Bereich zahlreiche private Aufarbeitungsinitiativen, Opferverbände und Einzelpersonlichkeiten gibt, die sich offensiv und kritisch mit der SED-Diktatur auseinandersetzen. Diese gesellschaftliche Verankerung des Aufarbeitungsprozesses muß erhalten bleiben. Was kann einer Demokratie denn auch Besseres widerfahren?

Diese gesellschaftliche Verankerung des Aufarbeitungsprozesses ist jedoch aus vielfältigen Gründen längerfristig nicht gesichert. Zum einen fehlt es den Akteuren häufig an Mitteln und Unterstützung; zum anderen gibt es leider ein nicht zu unterschätzendes Kartell der Beschweiger und Beschöniger. Auch ziehen bereits Legenden über den SED-Staat immer weitere Kreise. Da werden die DDR und ihre „sozialen Errungenschaften“ gerühmt. Da wird die DDR als „Friedensstaat“ bezeichnet, als „Land der Gleichen“. All dies läßt sich trefflich widerlegen. Doch von vielen werden diese Legenden geglaubt, nicht nur von überzeugten Anhängern und von Funktionsträgern des ehemaligen Regimes.

Der Schriftsteller Lutz Rathenow fragt zu Recht in diesem Zusammenhang:

Erzeugt das Verschwinden eines Staates Entzugserscheinungen? Selbst bei denen, die seine Gegner waren?

Rathenows Erklärung für dieses Phänomen lautet:

Es gibt zwei Reaktionsmuster auf die Auflösung des Staates: trotziges Beharren auf dem guten alten System oder dem schlechten alten Staat, der doch auch sein Gutes hatte.

Kann sich, so müssen wir uns fragen, das wiedervereinigte Deutschland, kann sich unsere Demokratie damit abfinden, daß ein Großteil der Bürger unseres Landes solchen Verzerrungen anhängt? Ich glaube, daß sich dies längerfristig

zum Krebschaden für die Demokratie auswachsen kann. Es geht hier schließlich nicht um den ganz normalen Streit unter Demokraten, sondern es geht hier um die Fortsetzung der Systemauseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur nach dem Ende der realsozialistischen Herrschaftssysteme. Es geht um die Grundlagen unseres Gemeinwesens. Die Demokraten müssen diese geistige Auseinandersetzung suchen. Sie dürfen nicht zulassen, daß die Verdränger historischer Wahrheiten die Oberhand gewinnen.

Dabei muß zweifelsohne behutsam vorgegangen werden. Eingefleischte Anhänger des SED-Staates sind in den meisten Fällen sicher nicht zu überzeugen. Doch dem voranschreitenden Erinnerungsverlust vieler Bürger und dem häufig unzureichenden historischen Urteilsvermögen kann und muß begegnet werden. Der Diktaturcharakter der fortgeschrittenen Zwangsherrschaft namens DDR ist vielen Menschen in unserem Land heute schwer verständlich. Die häufig lautlose Verfolgung in der Spätphase des SED-Staates wurde von vielen nicht wahrgenommen.

Der Direktor des Hannah-Arendt-Instituts in Dresden, Professor Henke, formulierte bei einer Anhörung der Enquete-Kommission am vergangenen Montag in Berlin:

Der leise Terror ist schwerer faßbar; er wirkte diffuser in die unterworfenene Gesellschaft hinein; er ist didaktisch nicht einfach und überhaupt nur als ein hochintegrierter Verfolgungs- und Disziplinierungsmechanismus darstellbar.

Wer diese Tatsachen vor Augen hat, dem ist erklärbar, warum der Diktaturcharakter des SED-Staates vielen nicht sofort einsichtig ist. Diese Tatsachen belegen aber auch, warum unter die Aufarbeitung der SED-Diktatur kein Schlußstrich gezogen werden darf.

Bereits der Einsetzungsbeschluß gab unserer Enquete-Kommission daher auf, zu prüfen, ob für die Weiterführung des Prozesses der Aufarbeitung der SED-Diktatur auch zusätzliche institutionelle Mittel, zum Beispiel im Rahmen einer Stiftung, zu schaffen sind. Die Enquete-Kommission hat diesen Prüfauftrag erledigt und empfiehlt in dem heute dem Deutschen Bundestag vorgelegten Zwischenbericht die Errichtung einer selbständigen Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Der Sitz dieser Stiftung soll Berlin sein. Die CDU/CSU-Fraktion unterstützt diese Empfehlung und setzt sich für eine baldige Errichtung der Stiftung ein, was jetzt eine zügige Beratung in den zuständigen Ausschüssen und eine baldige Verabschiedung eines Gesetzes zur Errichtung dieser Stiftung erfordert.

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Herr Kollege Koschyk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kronberg?

Hartmut Koschyk (CDU/CSU): Gerne.

Heinz-Jürgen Kronberg (CDU/CSU): Herr Kollege Koschyk, Sie nannten eben den zukünftigen Sitz der Stiftung. Eine Frage: Ist in den Diskussionen der Kommission von Kollegen je der Ort Weimar ins Auge gefaßt worden?

Hartmut Koschyk (CDU/CSU): Wir haben in der Enquete-Kommission von Anfang an für Berlin als Sitz dieser Stiftung plädiert und drücken das auch in dem heute dem Bundestag vorliegenden Zwischenbericht aus.

Mit dieser Empfehlung hat die Enquete-Kommission bewiesen, wie ernst sie ihren Auftrag nimmt. Die Kommission hat den Auftrag, Beiträge zur politisch-historischen Analyse und zu einer politisch-moralischen Bewertung der SED-Diktatur zu leisten. Sie soll zur Festigung des demokratischen Selbstbewußtseins, des freiheitlichen Rechtsempfindens und des antitotalitären Konsenses in Deutschland beitragen. Allen Tendenzen zur Verharmlosung und Rechtfertigung von Diktaturen, speziell der SED-Diktatur, soll entgegengetreten werden.

Als ein ebenso geeignetes wie notwendiges Instrument, damit die Aufarbeitung der SED-Diktatur auch in Zukunft unter diesen Maximen betrieben wird, erscheint der Enquete-Kommission die vorgeschlagene Stiftung. Mit ihr – das will ich deutlich sagen – soll beileibe kein „Zentralinstitut“ entstehen, wie einige Kritiker in Unkenntnis unseres Zwischenberichtes in der Öffentlichkeit vermuten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Geplant ist, daß die Stiftung ihre Arbeit bereits im Jahr 1998 aufnimmt. In einer Anlaufphase wird die Stiftung erste vordringliche Aufgaben zu erledigen haben. Dazu gehören vor allem die Förderung von Projekten von Aufarbeitungsinitiativen und Opfergruppen sowie eine Bestandssicherung der vom physischen Zerfall bedrohten Archive dieser Gruppen. Es ist nämlich für die weitere Forschung über die SED-Diktatur wichtig, daß nicht nur die Dokumente des Systems und der Täter überliefert werden.

Die Arbeit der Opfergruppen und Aufarbeitungsinitiativen in unserem Land hat eine gesamtstaatliche Bedeutung. Deshalb darf sich der Bund hier seiner Verpflichtung nicht entziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb muß die zu errichtende Stiftung durch Mittel aus dem Bundeshaushalt finanziert werden.

Wir sind den Kollegen im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages dankbar, daß sie im Einzelplan 06 des Bundeshaushaltes 1998 die Voraussetzungen für die Etatisierung dieser Stiftung im nächsten Jahr bereits geschaffen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es muß jedoch – darauf legen wir großen Wert – in dem Gesetz zur Errichtung der Stiftung die Voraussetzung dafür geschaffen werden, daß noch zu verein-

nehmende, nicht restitutionsbelastete Teile des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR der Stiftung zugeführt werden können.

Die Chancen stehen nicht ungünstig, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß zum Beispiel die rund 500 Millionen DM der Firma Novum, die an die Kommunistische Partei Österreichs verschoben worden sind, für den Bund zurückgeholt werden können. Dieser Betrag ist noch nicht durch die Unabhängige Kommission Parteivermögen und durch die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben verplant.

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur mit ihren vielfältigen Aspekten auf der Basis eines antitotalitären Konsenses ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die innere Einigung unseres Landes gelingt. Deshalb plädieren wir dafür, daß der Deutsche Bundestag diesen Zwischenbericht der Enquete-Kommission heute annimmt, ihn an zuständige Ausschüsse unseres Hauses verweist und daß wir alsbald in diesem Haus ein Gesetz zur Errichtung dieser Stiftung verabschieden.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ich gebe das Wort dem Abgeordneten Markus Meckel.

Markus Meckel (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was lange währt, wird manchmal gut. In diesem Falle bin ich davon überzeugt, daß es gut geworden ist. Ich bin sehr froh, daß wir diesen Zwischenbericht der Enquete-Kommission zur Gestaltung und zum Aufbau dieser von uns vorgeschlagenen Stiftung hier gemeinsam und im Konsens verabschieden können und wirklich wollen.

Schon am Ende der ersten Legislaturperiode war dieser Vorschlag aufgeschrieben und gemacht. Wir als Sozialdemokraten hatten einige Vorstellungen dazu eingebracht. Auch andere Überlegungen der Gesellschaft sind in diese Fragen eingeschlossen. Wir wissen, daß es eine ganze Reihe von Menschen gibt, die längerfristig an diesem Projekt gearbeitet haben und es dringend wünschen. Das Gesetz wird von vielen Menschen dringend gewollt und gebraucht aus den Gründen, die Herr Koschyk schon nannte und auf die ich gleich noch einmal zurückkomme.

Aufarbeitungsfragen sind keine Fragen von Mehrheiten einer Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben diese Erfahrung in Deutschland nach 1945 gemacht und gemerkt, daß es eigentlich erst die nächste Generation war, die es geschafft hat, daß diese Fragen wirklich die gesamte Gesellschaft durchdringen und dann auch identitätsbildend geworden sind.

(Beifall bei der SPD)

Obwohl es Minderheiten sind, haben sie eine wichtige Aufgabe für die ganze Gesellschaft und sind wichtig für das Selbstverständnis unserer inzwischen wieder geeinten Nation und für die politische und demokratische Kultur im geeinten Deutschland.

Ich glaube, daß das für diese Minderheiten in der Gesellschaft wichtig ist. Das sind die genannten Aufarbeitungsinitiativen. Es gibt übrigens weit mehr als 60 im Osten Deutschlands. Nur wenige sind öffentlich bekannt, aber sie leisten eine wichtige Arbeit. Darüber hinaus gibt es in manchen anderen – auch älteren – Verbänden des Westens, in Akademien und Bildungseinrichtungen Leute, die mit Recht – das ist wichtig – diese Fragen immer wieder auf die Tagesordnung setzen.

Wir haben uns in Deutschland mit zwei Diktaturen auseinanderzusetzen. Wir müssen dies differenziert tun, ohne Gleichsetzungen, indem wir einfach die eine mit der anderen auf die gleiche Stufe stellen, aber doch so, daß wir Kontinuitäten nicht verleugnen und gemeinsame Erfahrungen der Betroffenen in diesen beiden Diktaturen zur Sprache bringen.

Wir haben in Deutschland immer noch zwei Gesellschaften. Wir sind eine Nation. Auch in Zeiten des Geteiltseins waren wir dies. Es galt, dieses Bewußtsein in den Menschen wachzuhalten. Wir leben aber heute trotz der staatlichen Einheit immer noch in zwei Gesellschaften. Wir sind das Volk in Europa, das sich selbst am wenigsten kennt, weil bis heute viel zu wenige Begegnungen zwischen beiden Gesellschaften – auch nach der deutschen Einheit – stattfinden.

Dies macht deutlich: Aufarbeitung ist nicht nur eine Sache der ostdeutschen Länder oder der ehemaligen DDR-Bürger, sondern sie ist eine gesamtdeutsche Aufgabe, denn im Osten hatte jeder nur seine eigenen Erfahrungen gemacht. Es gehörte zum System dieser Diktatur, daß sie keine Öffentlichkeit hatte und es keinen Diskurs gab, der es in einer pluralistischen Gesellschaft ermöglicht, auch Perspektiven anderer wahrzunehmen und dadurch möglichst die Gesamtheit – natürlich differenziert und mit unterschiedlicher Perspektive – in den Blick zu nehmen. Die DDR wurde von denen, die sie erlebt haben, aus sehr unterschiedlicher Perspektive wahrgenommen. Oft ist der Streit, der heute auch unter ehemaligen DDR-Bürgern über die Bewertung dieser Erfahrungen ausgetragen wird, ein Ergebnis solcher verschiedener Perspektiven, weißer Flecken, Fehlwahrnehmungen und der Ausschnitte, die man selber erlebt hat. Auch ich selber, der ich mich für jemanden halte, der sich schon früher bemüht hat, möglichst nicht nur in die eine eigene Ecke zu sehen, habe durch die Arbeit dieser Enquete-Kommission und die Beschäftigung mit diesen Fragen manch Neues über die DDR gelernt. Diese Einsicht brauchen wir im Osten, obwohl es viele heute vielleicht nicht so sehen. Wir brauchen sie auch im Westen, weil auch hier die Perspektive natürlich auf die DDR eingeengt und oft nur flüchtig war, so daß man heute verwundert auf die Ostdeutschen blickt und vieles nicht versteht.

Ich glaube, daß es ganz wichtig ist, zwischen dem Blick auf dieses System, das – ich sage es deutlich – ein Unrechtssystem, eine Diktatur war, und dem eigenen gelebten Leben in dieser Diktatur zu unterscheiden. Es gibt Leute, die daran interessiert sind, diese beiden Blickwinkel zu vermischen. Wenn gesagt wird, die DDR sei ein Unrechtsregime gewesen, sagen sie: Ich habe in der DDR doch nicht lauter Unrecht getan. Aber das ist auch nicht gemeint. Wichtig ist, daß ich lerne, das eigene gelebte Leben in den Horizont dieser Erfahrungen zu stellen. In unserer Vätergeneration war man auch nicht davon überzeugt, daß der Krieg gut war, und hat trotzdem wichtige Erfahrungen in diesen Randsituationen des Krieges von Kameradschaft und Freundschaft gemacht, die das Leben lange geprägt haben. Diese Unterscheidung ist wichtig. Daß ein sinnvolles Leben in der Diktatur möglich war, ist unbestreitbar. Gleichzeitig muß aber die Bewertung dieses Systems klar und deutlich sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P. und der PDS)

Die Stiftung, die wir gemeinsam errichten wollen, soll nun – das ist gesagt worden – kein Zentralinstitut etwa für politische Bildung oder die wissenschaftliche Forschung sein, das anderen Forschern die Mittel wegnimmt. Es soll nicht alles in eigener Regie machen, keine eigene Akademie und kein Forschungsinstitut sein, sondern die verschiedenen Träger in der Gesellschaft, Verbände, einzelne Menschen und Bevölkerungsgruppen in der konkreten Region oder solche, die bundesweit tätig sind, dazu anregen und dabei unterstützen, sich dezentral und pluralistisch mit diesem Thema zu befassen und so einen Beitrag zum Zusammenwachsen von uns Deutschen und damit einen Beitrag für die Zukunft zu leisten. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist dringlich, weil sehr viele Gruppen – es sind, wie ich schon sagte, mehr als 60 – vor dem finanziellen Aus stehen. Deshalb ist es sehr wichtig, daß wir sie nicht sozusagen zusammenbrechen lassen, um dann in zwei Jahren zu sagen: Jetzt könnt ihr eure Gruppe wiederaufbauen. Wir müssen vielmehr Kontinuität schaffen und helfen, die wichtigsten Projekte mit voranzutreiben.

Wir haben damals zu DDR-Zeiten mit Hilfe von Spiritusabzugsmaschinen Durchschläge geschrieben, die heute kaum noch lesbar sind. Es ist ganz wichtig, daß dieses Material der Täter in bezug auf Demokratie, Widerstand und Opposition erhalten bleibt, nicht nur das Material von denen, die sie beobachtet haben. Wir brauchen für die Zukunft das Belegen der demokratischen Tradition durch eigene Zeugnisse.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS)

Natürlich wird es nötig sein, zu helfen, daß die politische Bildung weitergeht. Wir merken schon jetzt an manchen Orten, daß das Interesse daran nachläßt. Ich bin aber sicher, daß sowohl für Wissenschaft und Forschung als auch für die politische Bildung das Interesse in den nächsten Jahren wieder steigen wird, vielleicht nicht morgen, aber ganz sicher übermorgen und noch sicherer in der nächsten Generation.

Nach einer Diktatur haben wir es immer mit Opfern zu tun. Ich sage deutlich: Wir sind mit den Opfern nicht immer gut umgegangen, weder nach der Zeit des Nationalsozialismus noch nach der stalinistischen Zeit der DDR-Diktatur. Ich sage hier noch einmal, daß ich nicht mit dem zufrieden bin, was der Deutsche Bundestag in bezug auf die Opfer in den Unrechtsbereinigungsgesetzen geregelt hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS)

Opfer brauchen Begleitung. Diese soll durch die Stiftung stärker gewährleistet sein.

Ich freue mich, daß wir dies im Konsens machen konnten. Es ist wichtig, daß das nicht die Sache einer Partei ist und daß sich nicht irgendeiner das Verdienst als besonderer Förderer der Aufarbeitung sozusagen ans Jackett heftet. Es ist vielmehr ganz wichtig, daß dies gemeinsam möglich war.

Ich möchte noch einmal meiner Hoffnung Ausdruck geben, daß dieser faire Geist, dies miteinander zu erarbeiten, auch dann anhält, wenn es jetzt – hoffentlich sehr schnell – um den Gesetzentwurf und darum geht, die Strukturen zu schaffen. Ich hoffe ferner, daß wir in der Zukunft die gleiche gute Erfahrung machen wie im Gespräch mit den Haushältern aller Fraktionen, die den Weg frei gemacht haben, daß möglichst bald im nächsten Jahr die Arbeit beginnen kann.

Ich hoffe, daß das, was wir jetzt der interessierten Öffentlichkeit sagen, keine Luftblase ist. Gewiß, die öffentlichen Kassen werden mit vielen wichtigen Ausgaben belastet. Aber ich glaube, daß die Fragen der Aufarbeitung zentrale Zukunftsfragen sind. Ein wichtiger Anfang ist gemacht. Ich hoffe, daß wir auch die weiteren Schritte gemeinsam so gehen, daß es ein Dienst an der Gesellschaft und ein Dienst an der Zukunft und an der politischen, demokratischen Kultur unseres Landes ist.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P. und der PDS)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ich gebe das Wort dem Abgeordneten Gerald Häfner.

Gerald Häfner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aufarbeitung ist immer verbunden mit vielen Fragen an uns wie an die Menschen in Ost und West: Wie war es möglich, daß nach der Diktatur des Dritten Reiches erneut eine Diktatur auf deutschem Boden entstehen konnte? Wie war es möglich, daß so viele Menschen zu willfährigen Bütteln und Helfershelfern dieses Systems wurden? Wie hätten wir – diese Frage stelle ich, der aus dem Westen stammt und der sich diese Frage immer wieder gestellt hat – gehandelt?

Viele sagen heute, die Aufarbeitung liege doch schon hinter uns. Ich sage: Sie hat erst angefangen; sie liegt vor uns. Aufarbeitung ist nicht irgend etwas. Rückwärtsgewandtes, das man mit einem Schlußstrich beenden kann. Aufarbeitung ist vielmehr wichtig, weil sie Lehren für die Zukunft sichert. Sie ist die Voraussetzung dafür, daß Menschen in der Zukunft unter Erkenntnis der Ursachen und der Folgen von Diktatur, Terror und Totalitarismus mehr und eher bereit sind, für Demokratie, für Selbstbestimmung und für Freiheit zu kämpfen, und daß sie in der Lage sind zu Wachsamkeit, Engagement und Zivilcourage.

Aufarbeitung ist keine Sache von Tagen, auch nicht von wenigen Jahren, sondern Aufarbeitung geht sogar weit über Generationengrenzen hinaus. Unsere Erfahrung mit der Aufarbeitung nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern ist bisher immer wieder die gewesen, daß Menschen, die unmittelbar von dem Übergang in ein neues System betroffen sind, erst einmal damit beschäftigt sind, diesen Übergang zu bewältigen, und daß all die Fragen erst später – oft erst von der nächsten Generation – gestellt werden. Die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, der Stasiakten, dessen, was an Materialien gesichert ist, beschäftigt sich in sehr großem Maße mit dem Unterdrückungsapparat, mit dem Herrschaftssystem und in viel geringerem Maße mit dem, was auch da war, mit dem Widerstand, mit der Opposition und mit den Ansätzen politischer Organisation von unten, von Widerstand.

Das hängt eben auch damit zusammen, daß wir – auch das ist ein Verdienst der Bürgerbewegung gewesen – die Materialien der Staatssicherheit gesichert haben, daß sie von einer großen Bundesbehörde verwaltet werden. Aber was ist mit den Materialien des Widerstands, mit den Materialien der Opposition? – Sie sind bisher so gut wie nicht erfaßt. Sie lagern noch privat bei einzelnen Menschen, irgendwo im Schrank.

Dies ist zum Beispiel ein erster Punkt, für den die Stiftung einen ganz wesentlichen Beitrag wird leisten müssen und können. Die Stiftung wird die Mittel zur Verfügung stellen müssen, um dieses Material zu sichern und damit auch den anderen Teil der Geschichte mehr als bisher aufzuhellen, die Geschichte des Widerstands und der Opposition in der DDR.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein zweiter wichtiger Punkt, an dem die Stiftung sehr rasch tätig werden muß, ist die Beratung und Hilfe für die vielen Opfer des Totalitarismus.

Der dritte, mir persönlich am wichtigsten erscheinende Punkt ist die Unterstützung der Aufarbeitungsinitiativen, die sich erfreulicherweise überall im Land gebildet haben. Markus Meckel und auch Hartmut Koschyk haben es bereits angesprochen: In diesen Initiativen wirken viele der Menschen, die über lange Zeit die persönliche und moralische Substanz hatten, diesen Prozeß zu tragen. Sie waren und sind eine wichtige Avantgarde für die ganze Gesellschaft.

Die bisherigen Fördermittel laufen in den meisten Fällen in Bälde aus. Wenn es nicht gelingt, diese Stiftung bald ins Werk zu setzen, dann werden viele Initiativen bald nicht mehr weiterarbeiten können.

Deshalb: Wir wollen diese Stiftung, weil wir der Meinung sind – zum Glück ist das Konsens zwischen allen Fraktionen hier im Haus –, daß Aufarbeitung nicht primär ein Prozeß, in Parlamenten und Gerichten sein kann. Nein! Wir wollen Aufarbeitung vielmehr als einen gesellschaftlichen Prozeß verstanden wissen, als einen politischen Prozeß, der „unten“, in der Gesellschaft selbst, durchgeführt wird. Schon aus diesem Grunde wollen wir mit dieser Stiftung gerade nicht einen neuen Apparat, ein neues Institut, einen neuen Wasserkopf schaffen, sondern wir wollen eine äußerst schlanke Stiftung schaffen, die Mittel dafür zur Verfügung stellt, daß diese wertvolle Arbeit durch freie Initiativen geleistet werden kann.

Ich finde es immer am schönsten, wenn man Gesetze macht – und dies hier ist ein solches –, die im wesentlichen Entwicklungen ermöglichen und Freiräume schaffen. Das ist weit besser als Gesetze, die nur Dinge verbieten oder beenden.

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Herr Kollege Häfner, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Gerald Häfner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bedanke mich für den Hinweis, Herr Präsident.

Diese Stiftung ermöglicht, daß die für das ganze Deutschland so wichtige Arbeit der Aufarbeitung auch in Zukunft von denjenigen Menschen geleistet werden kann, die dafür zuvörderst befähigt sind. Ohne diese Stiftung wird der Prozeß ins Stocken kommen – mit all den schwerwiegenden Folgen, die das für unser ganzes Land hat. Deswegen freue ich mich, daß wir diese Stiftung interfraktionell befürworten. Das letzte, was wir jetzt noch alle gemeinsam schaffen müssen, ist, die Mittel dafür zu bekommen, denn ohne die Mittel wäre alles nichts, und die mühevollen Arbeit von drei Jahren wäre umsonst gewesen. Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ich gebe das Wort dem Abgeordneten Professor Dr. Rainer Ortleb.

Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man dem Parlament anträgt, eine Stiftung zu beschließen, dann muß man sicherlich begründen, daß man sie braucht. Meine drei Vorredner haben das bereits überzeugend und ausreichend getan. Es ist das Schicksal des Redners Nummer 4 nach unserem Reglement, daß er substantiell eigentlich nichts Wesentliches zur Begründung hinzufügen kann.

Erlauben Sie mir deshalb, daß ich mich ein wenig nachdenklich über diesen Prozeß äußern will, den wir mit dieser Stiftung am Leben erhalten wollen.

Zwei Diktaturen in Deutschland in nicht einmal 60 Jahren – das hat Hartmut Koschyk schon erwähnt – müssen zu denken geben, ob wir die Mittel heutiger präziser Geschichtsbetrachtung schon jetzt immer richtig ausnutzen. Wenn wir Geschichte weit zurückgewandt betrachten, wissen wir, daß wir Tonscherben, Knochen und irgendwelche Aufzeichnungen, die wir kaum entziffern können, als Grundlage haben, und daß das, was wir daraus schließen können, eigentlich Spekulation ist.

Hier im Falle eines gewichtigen Geschichtsabschnitts in Deutschland haben wir die Chance, uns weit über die Not der Spekulation hinaus in tiefer Sachlichkeit mit den Prozessen zu befassen. Das ist eine völlig andere Situation, als es sie jemals in Jahren zuvor gegeben hat. Diese Chance zu verpassen wäre ein Fehler.

Die Enquete-Kommission der letzten Legislaturperiode und diejenige, die jetzt arbeitet, haben versucht, etwas anzustoßen, was wissenschaftlicher Selbstlauf in der Regel nicht leisten kann. Es ist hier eine politische Führung erfolgt. Wir müssen eine Einrichtung schaffen, die das fortsetzt. Der Weg dazu ist eine solche Institution.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will darauf verweisen, daß wir Geschichte nicht nur in Fundstücken sehen dürfen, sondern auch als Summe individueller Schicksale und ihrer subjektiven Betrachtung. Interessant ist, daß eine der Berichterstattergruppen in unserer Kommission, nämlich die, die sich mit dem Leben in der DDR befaßt, bisher am schlechtesten vorangekommen ist, wenn ich das so offen und deutlich sagen darf. Denn hier wird die Macht des Subjektiven immer wieder von dem Versuch überlagert, das Objektive einzufangen.

Wie schwierig der Umgang mit Geschichte ist, die mit Mitteln erforscht werden kann, die es vorher nicht gab, mag ein einfaches Beispiel zeigen: Als Mitte der 20er Jahre der Rundfunk funktionsfähig wurde, war es in der ersten deutschen Diktatur dieses Jahrhunderts der bekannte Demagoge Goebbels, der es verstanden hat, den Rundfunk zu benutzen, um seine ideologische Meinung zu verbreiten. Der Scherz, den Rundfunkempfänger „Goebbels' Schnauze“ zu nennen, trifft zutiefst die Problematik dieser Frage.

Warum war die zweite Diktatur so anders in dieser Frage? Weil es wenigstens zwei unterschiedliche Rundfunkempfangsmöglichkeiten gab, was die zweite Diktatur ein wenig in Funktionsschwierigkeiten brachte und letztendlich darin mündete, daß ein friedlicher Prozeß zu einem Abstreifen dieser Diktatur bis zur deutschen Einheit führen konnte.

All das zu untersuchen und zu analysieren macht es wert, eine solche Einrichtung zu schaffen. Gefeilte Politologie ist das eine. Aber ich habe manches

Werk aus den letzten zwei, drei, vier Jahren gelesen, bei dessen Lektüre ich mich fragen mußte: Hat hier jemand versucht, Fakten süffisant wissenschaftlich so zu deuten, wie sie seinem wissenschaftlichen Ziel entsprachen oder entsprechen sollten, oder hat er wirklich beschrieben, was stattgefunden hat?

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU und der SPD)

Die Chance des Instituts, das wir schaffen wollen, ist es gerade, daß dort sozusagen neben gepflegter fauler Computernutzung noch der Mensch als das eigentliche Subjekt des Prozesses Eingriffsmöglichkeiten hat, solange wir über Zeitzeugen verfügen.

All dies zusammen rechtfertigt, daß wir uns dafür einsetzen müssen, ein solches Institut zu schaffen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ich gebe dem Abgeordneten Dr. Ludwig Elm das Wort.

Dr. Ludwig Elm (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Gruppe der PDS ist der Meinungsbildungsprozeß zum vorliegenden Zwischenbericht der Enquete-Kommission und zur vorgeschlagenen Stiftung noch nicht abgeschlossen. Es zeichnet sich allerdings eine Mehrheit ab, die die Errichtung der vorgeschlagenen Stiftung bejaht. Die noch vorhandenen Vorbehalte weiterer Kollegen gründen sich kaum auf die Ablehnung des Stiftungsprojektes an sich, als vielmehr auf zwiespältige Erfahrungen in der Diskussion über die Geschichte der DDR seit 1990.

Wir, wenn ich das für die schon vorhandene deutliche Mehrheit sagen darf, bejahen damit den Anspruch derjenigen, die in der DDR politisch bevormundet, verfolgt und unterdrückt wurden, darauf, rigoros die repressiven Seiten und Momente des Herrschaftssystems der DDR aufzudecken, die überlieferten Quellen und Dokumente der Opposition zu bewahren und förderliche Bedingungen für die Erschließung und Darstellung ihrer systemkritischen, auf Menschen und politische Freiheitsrechte gerichteten Bestrebungen, Aktionsformen und der dabei erfahrenen Willkür, Demütigung und Repression zu schaffen.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD)

Mehrheitlich aus Traditionen der SED kommend, erinnern wir uns, daß bis zum Herbst 1989 die öffentliche, kritische und wahrheitsgemäße Erörterung der Opposition, des Widerstands, der Unterdrückung und der angestrebten Alternativen nicht möglich war. Es ist recht und billig, dies nunmehr und künftig nachzuholen und leisten zu wollen und dafür gesellschaftliche wie staatliche Unterstützung zu beanspruchen.

(Beifall des Abg. Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD])

Unsere Zustimmung bezieht sich nicht auf alle Feststellungen, Wertungen und Vorgaben in den analytischen und konzeptionellen Passagen des Zwischenberichts. Wir lehnen beispielsweise die Vorwegnahme der Ergebnisse und Urteile künftiger Forschungen zur Geschichte und Gesellschaft der DDR ab. Wir können diese Vorlage auch nicht isoliert von den Erfahrungen mit Vorurteilen, Einseitigkeiten und unzulässigen Pauschalisierungen in den Geschichtsdiskussionen der letzten Jahre in diesem Land betrachten. Niemand übersieht zum Beispiel, daß Erschütterungen und Umbrüche in dieser Dimension stets auch von Ressentiments, Nostalgien und Legendenbildungen begleitet sind.

Andererseits erleben wir auch, daß diese Schlagworte nicht selten klischeehaft gegen den individuellen Anspruch von Millionen auf den ganz persönlichen Umgang mit ihrer Lebensgeschichte oder gegen die differenzierte Betrachtung und Bewertung von Geschichte überhaupt gewandt werden. Ich war beeindruckt, daß ich aus den Ausführungen des Genossen Meckel

(Heiterkeit bei der SPD)

– pardon –, des Kollegen Markus Meckel – heraushören konnte, daß er ebenfalls das Verständnis für die Probleme, denen sich viele der Betroffenen gegenübersehen, problematisiert hat.

Es ist auch anzumerken, daß nicht jede Gegnerschaft zur DDR seit ihrer Gründung uneingeschränkt der „europäischen Freiheitsgeschichte“ zugerechnet werden kann. Allzu verhalten ist weiterhin im öffentlichen Geschichtsdiskurs der kritische Blick auf die Geschichte der Bundesrepublik.

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Ludwig Elm (PDS): Diese und weitere in der politischen und der Geschichtsdiskussion anstehenden Streitfragen sind Herausforderungen für die Zukunft und als solche auch Erwartungen an die Wirksamkeit der zukünftigen Stiftung. Sie schränken aber die einleitend genannte zustimmende Position insgesamt nicht ein.

Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ich schließe damit die Aussprache. Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 13/8700 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. – Ich sehe und höre keinen Widerspruch. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.